

„VIEL NACH

Landeshauptmann Arno
Arm und Reich nähern
Ein Streitgespräch mit

Stefan Perini steht dem Arbeitsforschungsinstitut Afi seit 14 Jahren vor. In dieser Funktion hat er sich schon in unzähligen Veranstaltungen, Umfragen und Auswertungen mit dem Thema Ungleichheit befasst.

Reich, reicher, Südtirol. Diesen Eindruck könnte man bekommen, wenn man die letzten Daten der Banca d'Italia zu den Vermögen anschaut: 395.100 Euro netto hat jeder Haushalt durchschnittlich in Südtirol. Der italienische Durchschnitt liegt bei 199.000 Euro. Doch wie ist der Reichtum in Südtirol verteilt? ff hat Landeshauptmann Kompatscher und Stefan Perini vom Afi zum Streitgespräch geladen. Perini kommt mit Akten voller Zahlen zu Vermögen, Einkommen und sozialer Mobilität. Kompatscher hingegen hat nur die letzte Ausgabe der Straßenzeitung „Zebra" und den dazugehörigen Terminplaner vor sich liegen.

***ff:* Herr Perini, Was sagt das letzte Afi-Barometer im Sommer zur Ungleichheit in Südtirol?**

Stefan Perini: Das Thema soziale Ungleichheit ist ein sehr breites Thema. Wir können dabei auf die Einkommen schauen, auf die Vermögensverteilung oder auf die Bildungsungleichheit. Diese Ungleichheiten können auf verschiedene Art und Weise gemessen werden, zum Beispiel indem man auf Verwaltungsdaten oder Umfragen zurückgreift.

® © Alle Rechte vorbehalten/Riproduzione riservata – FF-Media GmbH/Srl

LUFT OBEN“

Kompatscher behauptet:
sich an. Doch stimmt das?
Afi-Direktor Stefan Perini.



Foto: Ludwig Thalheimer

Kompatscher steht seit zwölf Jahren an der Spitze der Landesregierung. In den nächsten zweieinhalb Jahren, dem Endspurt seiner Regierungszeit, geht es um sein Vermächtnis. Neben der Autonomiereform soll das auch mehr soziale Gerechtigkeit in Südtirol sein.

Was ist der beste Indikator für die Ungleichheit?
Perini: Die Verteilung der Haushaltseinkommen. Dazu gibt es aber leider in Südtirol nur alle fünf Jahre Daten. Deswegen befragt das Afi jedes Jahr im Sommer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, wie die Kluft zwischen Arm und Reich wahrgenommen wird. Knapp 80 Prozent der Befragten haben bei der letzten Umfrage im Sommer 2026 angegeben, dass die Kluft zwischen Arm und Reich groß oder sehr groß ist. Verantwortlich wird dafür vor allem die fehlgeleitete Lohn- und Wirtschaftspolitik gemacht. Im Vergleich zu den letzten Jahren hat die wahrgenommene Ungleichheit etwas abgenommen. Trotzdem bewegen wir uns auf einem hohen Niveau.

Herr Kompatscher, Sie hingegen berufen sich auf den Gini-Koeffizienten, der die Verteilung der Ungleichheit misst. Sie haben bei Ihrer Halbzeit-Pressekonferenz gesagt, die Kluft zwischen Arm und Reich sei in den letzten Jahren zurückgegangen.

® © Alle Rechte vorbehalten/Riproduzione riservata – FF-Media GmbH/Srl

Arno Kompatscher: Ich habe gesagt, dass sich der Gini-Koeffizient, das heißt die Ungleichheit bei den Einkommen, in den letzten Jahren verbessert hat. Ich habe nicht gesagt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich kleiner geworden ist. Dazu fehlen mir die Daten. Ich habe auch gesagt, dass immer noch viel Luft nach oben ist. Die Reaktion in den Medien hat mich deshalb verwundert.

Was sagen Sie zu den Ergebnissen des Afi-Barometers?
Kompatscher: Es ist zwar nur eine Wahrnehmung, aber Wahrnehmungen sind wichtig. Wir erleben in Europa gerade eine Radikalisierung. Populisten wie Trump, Knoll oder Wirth Anderlan tun so, als wären sie die Sprecher des Volkes. Sie haben einfache Antworten und Schuldige für unsere Probleme, zum Beispiel die Migranten.



Foto: Ludwig Thalheimer

Ja, aber etwas nährt den Populismus.
Kompatscher: Um zu gedeihen, braucht der Populismus einen fruchtbaren Boden. Die Wahrnehmung der Kluft zwischen Arm und Reich ist so ein fruchtbarer Boden: Ich, Bürger, arbeite, und trotzdem habe ich Schwierigkeiten, ans Monatsende zu kommen. Andere hingegen kassieren schamlos ab und hinterziehen Steuern. Deshalb ist es wichtig, dass wir über Ungleichheit reden. Unsere Demokratie wird auch daran gemessen, ob sie die Frage nach sozialer Gerechtigkeit beantworten kann. Man soll dabei nicht alles schlechtreden. Als Landesregierung haben wir eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung von Einkommensungleichheit gesetzt, zum Beispiel die Senkung des regionalen Lohnsteuerelements Irpef.
Perini: Der Landeshauptmann hat sich auf den Gini-Koeffizienten der Individualeinkommen bezogen. Hier ist tatsächlich keine Verschlechterung zu beobachten. Wichtig wären aber Daten zur Verteilung der Haushaltseinkommen. Diese sind aussagekräftiger, weil die meisten Menschen nicht allein leben, sondern zusammen, und sich somit Kosten teilen. Seit 2018 haben wir keine genauen Daten mehr dazu, deshalb wissen wir nicht, wie die Situation in Südtirol ausschaut. Wir, das Afi, das Armutsnetzwerk und andere, warten seit geraumer Zeit auf die Wiederauflage dieser Zahlen.

Herr Kompatscher, als Landesrat sind Sie auch zuständig für das Astat. Warum erhebt das Astat keine Daten zu Vermögen und Reichtum?
Kompatscher: Es gibt Studien zu diesem Thema aus den Jahren 2003/04 und 2013/14. Die nächste Studie hätte 2023/24 stattfinden müssen. Da gab es aber unter anderem wegen Covid keine umfassende Studie, sondern nur eine kleine Datenerfassung. Heuer sollte eine Vorstudie zum Thema Armut und Reichtum gemacht werden. Nächstes Jahr sollte die neue Studie fertig sein. Wir warten jetzt alle auf die neuen Daten, die für die Politik eine wichtige Entscheidungsgrundlage sind. Trotzdem reicht diese Studie nicht aus. Es ist wichtig, auch die Ausgabenseite anzuschauen: Südtirol hat einerseits vergleichsweise günstige öffentliche Leistungen – zum Beispiel bei Trinkwasser, Kindergarten, Gesundheit oder Mobilität –, andererseits sind die allgemeinen Lebenshaltungskosten – vor allem wegen der Wohnungskosten – trotzdem sehr hoch und deshalb ein brisantes Thema.

® © Alle Rechte vorbehalten/Riproduzione riservata – FF-Media GmbH/Srl

Laut Astat ist es noch unklar, ob für die neue Studie zu Armut und Reichtum überhaupt neue Daten erhoben werden.
Kompatscher: Im Beschluss der Landesregierung ist die Datenerhebung vorgesehen.
Perini: Neben den Daten zu den Einkommen wäre es auch wichtig, mehr Daten zu den Vermögen zu haben. Da gibt es eine große Forschungslücke.
Kompatscher: Daten auf europäischer Ebene zeigen, dass die Einkommen aus Arbeit sich schlechter entwickelt haben als Einkommen aus Kapitalerträgen. Das ist eine Schieflage, auf welche die Gesetzgeber reagieren müssen. Hier entsteht nämlich genau dieses Gefühl, dass es unfair zugeht. Deshalb müssen Einkommen- und Vermögenssteuer überdacht werden, wenn wir eine fairere Gesellschaft haben wollen. In Südtirol können wir hier einen kleinen Beitrag leisten, aber unser Spielraum ist gering.

Herr Perini, die Gehälter des Lehrpersonals wurden angepasst. Ein Schritt in die richtige Richtung?
Perini: Die Gehälter des Lehrpersonals haben wir im Afi nicht im Detail analysiert. Im Laufe dieser Legislatur wurden aber große Bemühungen vonseiten der Landesregierung unternommen, um Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst zu ermöglichen. Es ist aber noch nicht genug: In den letzten Jahren wurden durch die Lohnerhöhungen nur circa die Hälfte bis maximal drei Viertel des Kaufkraftverlustes kompensiert.
Kompatscher: Beim Lehr- und Pflegepersonal haben wir nicht nur den vollen Kaufkraftverlust ausgeglichen, sondern mit den jüngsten Bereichsverträgen sogar Reallohnerhöhungen erzielt. Bei den anderen Tarifverträgen muss ich Herrn Perini leider zustimmen.
Perini: Das Afi ist zuversichtlich, dass noch nachgebessert wird. Wenn das Land mit gutem Beispiel vorangeht, hat das Signalwirkung auf die Privatwirtschaft. Die Lohnerhöhungen münden auch in Konsum und höheren Steuereinnahmen. Im Auftrag der Landesregierung simuliert das Afi gerade, welche Auswirkungen die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst auf die gesamte Volkswirtschaft haben. Im Oktober werden wir erste Ergebnisse haben.
Kompatscher: Uns war es wichtig, diese Untersuchung zu machen, um zu zeigen, dass Lohnerhöhungen aus den von Herrn Perini genannten Gründen einen Sinn ergeben. Das Problem ist nämlich, dass wir bei Lohnerhöhungen von den Wirtschaftsverbänden oft den Vorwurf bekommen, dass dadurch unsere wirtschaftliche Zukunft aufs Spiel gesetzt wird.
Perini: Lohnerhöhungen sind aber auch aus einem anderen Grund wichtig: damit Südtirol und insbesondere der öffentliche Dienst am internationalen Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig bleiben.
Kompatscher: Bis 2016 gab es einen Gehaltsstopp im öffentlichen Dienst aufgrund der Staatsschuldenkrise. Deshalb herrschte bei den Lohnerhöhungen jahrelang Stillstand. Diese Lücke wurde nie gänzlich aufgeholt. Wir haben jetzt sehr viel Geld in die Hand genommen. Trotzdem ist es nicht genug, um für alle Bereiche den vollen Verlust durch die Inflation aufzuholen. Wir haben uns entschieden, zunächst bei Pflege- und



Foto: Ludwig Thalheimer

® © Alle Rechte vorbehalten/Riproduzione riservata – FF-Media GmbH/Srl



Foto: Ludwig Thalheimer

Am Ende wollen beide das Gleiche: mehr soziale Gerechtigkeit in Südtirol. Die Wege dorthin unterscheiden sich aber: Perini zum Beispiel fordert mehr Vorgaben des Landes bei regionalen Zusatzlöhnen. Kompatscher hingegen sieht die Gewerkschaften in der Pflicht.

Lehrpersonal aufzubessern, weil die Löhne in diesen Bereichen schon vor 2016 zu tief waren.

Stichwort Senkung der regionalen Wertschöpfungssteuer Irap: Wie viel Prozent Lohn sollte ein Arbeitnehmer mehr in der Tasche haben, damit die Unternehmen in den Genuss dieser Steuervorteile kommen?

Kompatscher: Es ist Aufgabe der Gewerkschaften zu schauen, dass die Verträge den Arbeitnehmern tatsächlich mehr Lohn bringen. Ohne ihre Unterschrift bekommen die Unternehmen keine Irap-Minderung. Die Gewerkschaften sollten mindestens das verlangen, was das Unternehmen an Steuern spart. Dann sollte das Unternehmen aber noch was dazugeben. So würde ich das als Gewerkschafter sehen. Der Unternehmer hat nämlich dadurch auch Vorteile. Er ist wettbewerbsfähig am Arbeitsmarkt und hat motiviertere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vonseiten der Wirtschaftsverbände gab es den Vorschlag, ein Teil der Irap-Minderung soll ohne Gegenleistung erfolgen. Im Trentino wurde das so gemacht. Ich werde da aber nicht mitziehen.

Perini: Ich befürworte eine Differenzierung der Irap-Besteuerung. Die Frage ist: Was ist die Gegenleistung? Die Gewerkschaften forderten im Vorfeld der letzten Landtagswahlen ein lokales Lohn-Zusatzelement von 150 Euro brutto pro Monat. Ich sehe auch die Landesregierung in der Pflicht, eine Schwelle festzulegen, nach dem Prinzip: Ab so viel Euro pro Monat gibt es den reduzierten Irap-Satz, darunter nicht. Das Land verzichtet schließlich auf Steuereinnahmen, also auf unser aller Geld. Deshalb sollte dieses Geld zum großen Teil in den Taschen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen landen.

Kompatscher: Wir befinden uns derzeit im Austausch mit den Sozialpartnern für eine zusätzliche Reduzierung bei der Irap. Da erwarten wir uns, dass sie uns einen Vorschlag machen, ab welchem Zusatzlohn eine zusätzliche Irap-Minderung greifen soll. Das ist nicht so einfach: In der Wirtschaft gibt es verschiedene nationale Kollektivverträge, und der Mechanismus sollte möglichst unbürokratisch sein. Für Unternehmen, bei denen die Irap keine wichtige Steuer ist, versuchen wir durch andere Hebel, höhere Löhne zu erreichen. Ein Beispiel dafür ist, dieselben Kriterien für die Irap-Minderung bei der Wirtschaftsförderung des Landes anzuwenden.

Perini: Man sollte bei der Entwicklung dieser Kriterien überlegen, ob man sich nicht an die Parameter anlehnt, die im Gesetz zum „salario giusto" – eingeführt von der Regierung Meloni im Mai 2026 – durch den TEC *(trattamento economico complessivo; Anm. d. Red.)* bestimmt werden. Dadurch könnte man die Bürokratie für die Unternehmen in Grenzen halten und eine Zweigleisigkeit von Systemen vermeiden.

Kompatscher: Mein Wunsch wäre, dass die Gewerkschaften eben solche Vorschläge bei den Verhandlungen einbringen.

Was wäre für Sie die wichtigste Maßnahme zur Bekämpfung von sozialer Ungleichheit?

Kompatscher: Ich finde es wichtig, Chancengerechtigkeit herzustellen. Dabei ist Bildung besonders wichtig. Bildung ist am Ende Einkommen. Bei uns sind öffentliche Dienstleistungen günstig. Wir müssen jetzt die Wohnbaureform schnell und auf breiter Basis umsetzen, um das Wohnen wieder leistbar zu machen. Wenn wir verhindern wollen, dass künftig nur noch Populisten und radikale Parteien gewählt werden, müssen wir Antworten auf die soziale Ungleichheit geben. Ich bin nur noch zweieinhalb Jahre im Amt und werde weiterhin alles dafür tun, um Ungleichheit zu vermindern und Populisten zu verhindern.

Perini: Wir müssen bei der Verteilung der Primäreinkommen ansetzen, mit besonderem Blick auf den unteren Rand der Verteilung – Stichwort Mindestlöhne: Wer in Südtirol einem Vollzeitjob nachgeht, soll davon leben können, ohne auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Bekommen wir dann noch die Wohnproblematik so in den Griff, dass die Wohnkosten nicht mehr als 30 Prozent des verfügbaren Einkommens einer Familie ausmachen, ist schon ein großer Teil des Problems gelöst, ohne dass das Land umverteilen muss. Denn es gilt: Vorbeugen ist besser als korrigieren. ■

Interview: Matthias Schwarz

® © Alle Rechte vorbehalten/Riproduzione riservata – FF-Media GmbH/Srl